

KONTROVERSEN ZWISCHEN BERLIN UND WARSCHAU

Ein Überblick über die wichtigsten bilateralen Probleme seit 1990

Erhard Cziomer

Der politische Durchbruch im Jahre 1989 und der dadurch in die Wege geleitete Systemwechsel in Polen sowie die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands im Jahre 1990 schufen günstige Voraussetzungen für die Erarbeitung der neuen Vertragsgrundlagen zwischen den beiden Staaten in den Jahren 1990–1991.¹ Mit dem Grenzvertrag erfolgte am 14. November 1990 die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze durch Deutschland und am 17. Juli 1991 kam es zur Ratifizierung des Deutsch-Polnischen Vertrags über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, der die Grundlage für die deutsch-polnische Zusammenarbeit bis heute darstellt. Die beiden Verträge sowie über 300 weitere detaillierte Abkommen und Vereinbarungen, die auf Grund der besagten Verträge zustande kamen, leisteten einen wesentlichen Beitrag zu einer beachtlichen Dynamik der deutsch-polnischen Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen. Dies ließ deutsche wie polnische Politiker, Publizisten und Wissenschaftler voller Optimismus von einem fortschreitenden Prozess der deutsch-polnischen „Versöhnung“, „Verständigung“ und manchmal sogar von einer „deutsch-polnischen Interessengemeinschaft“ (Krzysztof Skubiszewski) sprechen.

Was hingegen langfristige rechtspolitische Kontroversen anbelangt, so muss man vor allem folgende Punkte nennen:

- der deutsch-polnische Konflikt um die Territorialgewässer in der Pommerschen Bucht;
- die Frage der Rückgabe von deutschen Kulturgütern, die seit dem Kriegsende in Polen (in der Bibliothek der Jagiellonen-Universität) aufbewahrt werden;
- Entschädigungs- und Restitutionsansprüche an Polen, die von Seiten der Vertreter von Landsmannschaften erhoben werden, welche im Bund der Vertriebenen (BdV) vereinigt sind, sowie

¹ Dieser Beitrag stellt ein Fragment einer umfassenderen Analyse des Autors dar, siehe: E. Cziomer, *Przesłanki i następstwa politycznych kontrowersji polsko-niemieckich na początku XXI wieku*, in: B. Helbig-Mischewski, G. Matuszek (Hg.), *Po(st)mosty. Polacy i Niemcy w nowej Europie*. Tom poświęcony pamięci Henryka Bereski, Kraków 2006, S. 71–104, sowie E. Cziomer, Voraussetzungen und Folgen der politischen Kontroversen zwischen Deutschland und Polen zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in: B. Helbig-Mischewski, G. Matuszek (Hg.), *Fährmann grenzenlos. Deutsche und Polen im heutigen Europa: zum Gedenken an Henryk Bereska*, Hildesheim, Zürich, New York 2008, S. 55–98

- die Frage individueller Entschädigungen für polnische Bürger auf Grund der von ihnen im Krieg geleisteten Zwangsarbeit im Dritten Reich, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts geregelt wurde.

Als ein weitaus komplexeres und schwierigeres Problem erwies sich die Frage der Umsetzung von Bestimmungen des Vertrags vom 17. Juni 1991, die sich auf den Status der deutschen Minderheit in Polen einerseits und den Status von den in Deutschland lebenden Polen beziehen. Der im Oppelner Land und Oberschlesien wohnenden deutschen Minderheit wurde eine Reihe von Privilegien zugesichert. Dabei ist u.a. die Befreiung von der Pflicht der 5%-Klausel bei polnischen Parlamentswahlen zu erwähnen. Allerdings hat man ihr den Status als Volksgruppe aberkannt, weil man separatistische Tendenzen befürchtete und davon ausging, dass die polnische Gesetzgebung in hinreichendem Maße die individuellen Rechte der einzelnen Vertreter von Minderheiten absichert. Man verbot folglich die zweisprachige Beschilderung und die Einführung des Deutschen als Hilfssprache in Ämtern auf den Gebieten mit größerem deutschen Bevölkerungsanteil. Man wies ebenfalls Entschädigungs- und Restitutionsansprüche der deutschen Minderheit im Rahmen der Privatisierung zurück. Ein anderes Problem stellten enge Verbindungen zwischen dem Vorstand der deutschen Minderheit und den Vertretern des BdV dar, der einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Einstellungen und das Verhalten von Vertretern der deutschen Minderheit ausübte. Die Situation wurde prekär gegen Ende der 1990er Jahre, als der BdV und die mit ihm verbündeten Landsmannschaften einerseits zu einer Versöhnung und Verständigung aufriefen, andererseits Initiativen befürworteten, die darin bestanden, dass „Vertriebene“ Bittschriften an die polnischen Verwaltungsorgane schickten, in denen sie die Anerkennung und die Rückgabe von in Polen zurückgelassenem Besitz forderten. Die in Deutschland lebenden Polen ihrerseits, die die deutsche Staatsbürgerschaft oder den Ausländerstatus besaßen, genossen keine Minderheitenrechte, da sie nur als eine ethnische Volksgruppe galten. Sie waren territorial zerstreut, d.h. in mehreren Dutzend lokalen und Branchenorganisationen zersplittert, und hatten finanzielle Probleme sowie Schwierigkeiten bei der Einrichtung eines Deutschunterrichts für ihre Kinder. Eine weitere Herausforderung stellten zahlreiche Konflikte unter den einzelnen polnischen Organisationen dar. Selbst nach der Gründung einer Koordinierungsorganisation, des Bundesverbandes „Polnischer Rat in Deutschland“, im Jahre 1996 gelang es nicht, diese Streitigkeiten zu überwinden.

Bereits zum Ende der Regierungszeit der CDU/CSU/FDP-Koalition kam es zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen den Parlamenten beider Länder. Dieser Konflikt wurde durch eine Bundestagsresolution vom 29. Mai 1998 aufgelöst, die trotz des Einspruchs des von den Liberalen geleiteten Auswärtigen Amtes mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP verabschiedet wurde. In der Resolution appellierte man an die Bundesregierung, dass diese sich in den Gesprächen mit den Staaten aus Mitteleuropa, Polen mit inbegriffen, um eine Lösung von „offenen bilateralen Fragen der Vertriebenen“ in den bilateralen Beziehungen bemühen möge. Sie solle dabei helfen, die Kriegsfolgen und das von „Vertriebenen“ erlittene Unrecht wiedergutzumachen. Die Vertreibungen an sich seien völkerrechtswidrig gewesen. Diese Resolution wurde in einer Zeit verabschiedet, in der die Anzahl privater Briefe von „Vertriebenen“ an die Behörden in Polen zunahm, in denen eine Anerkennung von in Polen zurückgelassenem Besitz gefordert wurde. In Reaktion darauf betonte der polnische Sejm die Unantastbarkeit der Staatsgrenzen so-

wie der polnischen Immobilien und lehnte somit jegliche Eigentumsansprüche ab. Man verwies dabei auf gefährliche Tendenzen hin zu einer „Ambivalenz“ in der Polen-Politik der Bundesrepublik Deutschland, die einer sich gut entwickelnden deutsch-polnischen Zusammenarbeit schaden könnten.

Unter der Koalition SPD/Bündnis '90/Die Grünen nach der Bundestagswahl vom 27. September 1998 kam es zu allmählich wachsenden Irritationen und Missverständnissen in der deutsch-polnischen Zusammenarbeit. Sie gingen nicht nur auf die bereits erwähnten, heiklen bilateralen Fragen zurück, sondern bezogen sich ebenfalls auf sicherheitspolitische Probleme, die transatlantischen Beziehungen sowie auf die künftige Gestalt und Funktionsweise der EU.

In Bezug auf eine europäische Sicherheitspolitik und die transatlantischen Beziehungen traten wesentliche Unterschiede zwischen Polen und Deutschland insbesondere in der Vorbereitungsphase auf den Krieg gegen das Regime von Saddam Hussein im Irak auf.² In den Jahren 2002–2003 unterstützte Polen den eindeutigen Standpunkt der USA und Großbritanniens (der so genannte Offene Brief der Acht vom 30. Januar 2003) und beteiligte sich auch unmittelbar an den militärischen Operationen im Irak nach dem 20. März 2003. Deutschland hingegen, gemeinsam mit Frankreich und Russland, gehörte zu den Hauptgegnern des Irak-Krieges und blockierte eine Resolution im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, die die militärische Intervention im Irak legitimieren sollte. Unter diesen Umständen stieß die pro-amerikanische Einstellung Polens in Paris und Berlin auf Ablehnung.

Das Weimarer Dreieck, das auf Initiative des ehemaligen deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher im Jahr 1991 gegründet wurde, stellte in den 1990er Jahren ein deutsch-polnisch-französisches Konsultationsforum auf verschiedenen Ebenen dar. Als sich gravierende Unterschiede zwischen den drei Ländern hinsichtlich des Irak-Kriegs abzeichneten, schien es, dass die Zusammenarbeit innerhalb des Weimarer Dreiecks unterbrochen oder sogar endgültig beendet wird. Und dennoch brach die Kommunikation zwischen Polen und Frankreich sowie Deutschland nicht ab, wenngleich sie auf dem Breslauer Gipfel des Weimarer Dreiecks vom 10. Mai 2003 eine unmittelbare militärische Unterstützung Polens bei der Stabilisierung des Irak verweigerten, die darauf hinauslaufen würde, ihre eigenen Truppen unter das polnische Kommando zu stellen. Allerdings schlossen die beiden Staaten eine gewisse logistische und nachrichtendienstliche Unterstützung Polens im Rahmen der NATO nicht aus. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, dass Polens Rolle als Alliiierter der USA bei der Stabilisierung des Nachkriegsirak trotz der anfänglichen Animositäten die deutsch-polnische Zusammenarbeit nicht so sehr beeinträchtigte. Frankreich und Deutschland führten die Konsultationen mit Polen im Rahmen des Weimarer Dreiecks fort und einigten sich auf dem bereits erwähnten Gipfel in Breslau auf seine Vertiefung.

Diese deutsch-polnischen Spannungen und Polemiken erreichten in den folgenden Jahren ein neues Niveau. Es handelte sich dabei um grundlegende Probleme, die jedoch im multi- wie bilateralen Kontext jeweils divergierende Positionen hinsichtlich eigener Ziele und der Rolle des jeweiligen Staates in Europa widerspiegeln:

² Siehe dazu auch den Beitrag von Gracjana Łakomska in diesem Sammelband.

- die Kontroverse um die Ratifizierung des Vertrags über eine Verfassung für Europa (VVE);³
- zunehmende Entschädigungs- und Restitutionsforderungen des BdV, insbesondere der so genannten Preußischen Treuhand im Jahre 2004, die wiederum entsprechende Reparationsansprüche von Seiten Polens hervorriefen;
- die von der Koalitionsregierung aus SPD/Bündnis '90/Die Grünen unter Bundeskanzler Gerhard Schröder unterstützte Initiative von deutschen Konzernen und dem russischen Gazprom, eine neue Erdgas-Pipeline durch die Ostsee von Sankt Petersburg nach Greifswald in Umgehung Polens zu errichten. Dies erschwerte zusätzlich die Beziehungen Polens zu Deutschland und Russland sowie die Erarbeitung eines Kooperationsvertrags zwischen Russland und der EU im Jahre 2006, da Polen die Verhandlungen mit Russland mit einem Veto blockierte.⁴

Was die erste Frage betrifft, so unterschieden sich die Standpunkte beider Länder grundsätzlich. Deutschland und Frankreich gelang es letztendlich, die meisten ihrer Forderungen hinsichtlich des VVE im Europäischen Konvent durchzusetzen, u.a. das System der so genannten doppelten Mehrheit, einer Stimmengewichtung, die für eine qualifizierte Mehrheit nicht nur die Mehrheit der Mitgliedstaaten sondern auch die Mehrheit der repräsentierten Unionsbevölkerung voraussetzt. Nach dieser neuen Regelung erhielt Deutschland mehr Stimmen im Ministerrat als andere große EU-Länder wie Frankreich, Großbritannien oder Italien. Polen hingegen, bis zum März 2004 gemeinsam mit Spanien, beharrte auf der Beibehaltung der bisher geltenden Abstimmungsregeln des Vertrags von Nizza, nach denen es ebenso wie Spanien 27 Stimmen im Ministerrat zugeteilt bekam, also nur zwei Stimmen weniger als Deutschland und die anderen drei großen EU-Mitgliedstaaten.

Die polnische Ablehnung ist darauf zurückzuführen, dass die Minderheitsregierung aus dem Bund der Demokratischen Linken (SLD) und der Arbeitsunion (UP) unter starkem Druck der oppositionellen Parteien und der Medien stand. In Frage stellten diese nicht nur die Legitimität der doppelten Mehrheit im VVE, sondern auch das Recht des Konventes, eine privilegierte Stellung Deutschlands durchzusetzen, was einen erheblichen Einflusszuwachs Deutschland innerhalb der EU zur Folge gehabt hätte. Viele polnische Politiker interpretierten diese politische Entwicklung als Ausdruck der Neigung Deutschlands zur Marginalisierung Polens. Polen glaubte auch, dass es nicht nur seine eigenen Interessen vertritt und verteidigt, sondern auch die von Spanien und kleinen EU-Mitgliedstaaten, als es auf dem Gipfel des Europäischen Rates in Brüssel vom 12./13. Dezember 2003 das Projekt des VVE ablehnte. Nach dem Regierungswechsel in Spanien in Folge der Terroranschläge im März 2004 reihte sich die neue sozialistische Regierung dieses Landes in die Gruppe der Befürworter des VVE ein. So blieb Polen in seiner Ablehnung des Vertrags isoliert zurück. Deutschland sprach sich eindeutig für diesen Vertrag aus, da es darin die beste Lösung für das Entscheidungsverfahren in einer auf 25 Mitgliedstaaten angewachsenen EU sah, um so die Kohärenz der EU zu sichern. Im Gegensatz zu Polen trat Deutschland auch für eine Verstärkung der Gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein.

³ Siehe dazu den Beitrag von Thomas Mehlhausen in diesem Sammelband.

⁴ Siehe dazu den Beitrag von Łukasz Wojcieszak in diesem Sammelband.

Die deutsch-polnischen Kontroversen um die Ratifizierung des VVE in den Jahren 2003–2004 müssen im engen Zusammenhang mit dem bereits erwähnten Offenen Brief der Acht und mit der polnischen Unterstützung der USA bei der militärischen Intervention gegen den Irak betrachtet werden. Es handelte sich in Wahrheit um Deutschlands Kampf um die Stärkung seiner Position innerhalb der EU. Dadurch sei laut Polen das Gleichgewicht in der EU aus den Fugen geraten. Deutschland und Frankreich strebten nicht nur eine Vorherrschaft innerhalb der EU an, sondern sie stellten mit ihrem Veto im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auch die von Polen unterstützte erstrangige Bedeutung der USA in Europa in Frage. Die isolierte Minderheitsregierung SLD/UP unter Ministerpräsident Marek Belka konnte jedoch ihre Blockadepolitik in Bezug auf den VVE nicht mehr fortführen und entschied sich am 18. Juni 2004 für die Unterstützung des Vertrags auf dem kurz bevorstehenden EU-Gipfel in Brüssel. Polen forderte lediglich eine Verstärkung des Mechanismus, nach dem die Dominanz der größten Mitgliedstaaten eingeschränkt und eine verfahrenstechnische Blockademöglichkeit den kleineren EU-Ländern eingeräumt würde. Aus der Perspektive Deutschlands war die Annahme des VVE ein wichtiger, jedoch kein ausreichender Schritt in Richtung Vertiefung und Reform der EU.

Die Perspektive eines schnellen Beitritts Polens zur Europäischen Union zu Beginn des 21. Jahrhunderts hatte eine steigende Zahl von Entschädigungs- und Restitutionsforderungen gegenüber Polen seitens des BdV sowie mit ihm verbündeten Landsmannschaften zur Folge. Dabei muss hervorgehoben werden, dass sich die SPD und das Bündnis '90/Die Grünen gegen die oben genannte Bundestagsresolution vom 29. Mai 1998 aussprachen. Bei dem BdV-Treffen Anfang 2000 wies Bundeskanzler Schröder sowohl Entschädigungsansprüche der Vertriebenenorganisationen als auch das Projekt Erika Steinbachs, der neuen Präsidentin des BdV, zurück, ein Zentrum gegen Vertreibungen zu gründen. Eine knappe Mehrheit im Bundestag blockierte 2002 eine entsprechende Resolution der Bundestagsfraktion CDU/CSU, die die Gründung des Zentrums mit dem Standort in Berlin forderte. Die Koalitionsregierung aus SPD/Bündnis '90/Die Grünen setzte sich dafür ein, der Initiative einen europäischen Rahmen zu verleihen. Sie schloss demzufolge die Gründung des Zentrums grundsätzlich nicht aus, wollte jedoch zunächst entsprechende Gespräche mit anderen europäischen Staaten aufnehmen und schlug als Standort des Zentrums die polnische Stadt Breslau vor. Es ging darum, die „Vertreibungen“ und Zwangsaussiedlungen in einem erweiterten, internationalen Kontext zu verankern. In Polen hingegen stieß das Projekt von Anfang an auf breite Ablehnung und wurde als ein erneuter Versuch Deutschlands gedeutet, sein historisches Gedächtnis zu manipulieren und seine Schuld am Zweiten Weltkrieg und dessen Folgen zu relativieren.

Die Entschädigungsansprüche des Vertriebenenbundes und anschließend auch die der Preußischen Treuhand sorgten in der polnischen Gesellschaft für Verwirrung. Die Stadtvorstände mancher polnischen Städte, die von Parteien mit einem deutlich antideutschen Hintergrund, wie Recht und Gerechtigkeit (Prawo und Sprawiedliwość) und Liga der Polnischen Familien (Liga Polskich Rodzin), dominiert wurden, gingen zum Gegenangriff über – allen voran Warschau – indem sie die polnischen Schäden während des Zweiten Weltkriegs aufrechnen ließen. Als Bundeskanzler Schröder zum 60. Jahrestag des Warschauer Aufstands eine Rede in Warschau hielt, wies er vehement die Ansprüche und die Klagen von Vertriebenen zurück. Gleichzeitig erklärte er, dass

die deutsche Bundesregierung solchen Ansprüchen entgegenzutreten werde und dies auch vor jedem internationalen Gericht. Diesen Standpunkt vertrat auch die Bundeskanzlerin Angela Merkel im Herbst 2005.

Die oben genannten Ereignisse und Kontroversen spielten bei der seit über einem Jahr verzögerten Verabschiedung der Sejmresolution vom 10. September 2004 eine wichtige Rolle: „Zu den Ansprüchen Polens auf deutsche Kriegsreparationen sowie zu den in Deutschland vorgebrachten unrechtmäßigen Forderungen gegenüber Polen und den polnischen Bürgern“. Die Minderheitsregierung SLD/UP distanzierte sich sowohl von den Entschädigungsforderungen von deutschen Bürgern als auch von der als übertrieben gewerteten Reaktion des polnischen Parlaments, indem sie in einer Presseerklärung feststellte:

Die Regierung der Republik Polen nahm Befürchtungen innerhalb der polnischen Gesellschaft, die von Anhängern einer unverantwortlichen Forderungspolitik in Deutschland hervorgerufen wurden, durchaus wahr und sprach sich für eine Lösungsfindung im Dialog und in enger Zusammenarbeit mit den deutschen Partnern aus. Nichtdestoweniger vertritt die Regierung der Republik Polen die Auffassung, dass eine entsprechende Lösungsfindung *in puncto* Restitutions- und Entschädigungsansprüche nicht nur im gemeinsamen deutsch-polnischen Interesse sondern auch im Interesse des sich vereinenden Europa liegt, dem ein Fortbestand von Unsicherheiten und Brennpunkten nicht dient.

Diese Erklärung führte jedoch zunächst weder zur Überwindung der Probleme noch zu einer politischen Annäherung zwischen Polen und Deutschland.

Abschließend kann festgestellt werden, dass man die Entwicklung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit auf der politischen Ebene seit 1990 in folgende Phasen einteilen kann:

- die Schaffung der Grundlagenverträge in den Jahren 1990–1992;
- die Entwicklung einer für beide Länder günstigen Zusammenarbeit im Kontext der deutschen Unterstützung eines polnischen NATO- (1999) und EU-Beitritts (2004);
- die Zuspitzung der deutsch-polnischen Kontroversen seit Ende 2002 vor dem Hintergrund der Meinungsverschiedenheiten um die militärische Intervention der USA im Irak, des Charakters der transatlantischen Zusammenarbeit und der zukünftigen Gestalt und Funktionsweise einer EU-25 (und mehr Mitgliedstaaten) bei Nicht-Ratifizierung des VVE.

Die meisten von den oben nur knapp skizzierten Spannungen und strittigen Punkten zwischen Polen und Deutschland bleiben nach wie vor aktuell, und dies auch nach den politischen Veränderungen in Polen und Deutschland im Herbst 2005. Sie ergeben sich hauptsächlich aus gewissen Entwicklungsunterschieden und -asymmetrien sowie der jeweils anderen Perspektive der politischen Eliten beider Länder hinsichtlich der europäischen Integration und Funktionsweise der EU, der künftigen Gestalt der transatlantischen Beziehungen sowie der Grundlagen der bilateralen Zusammenarbeit. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass ein Konsens doch erreicht wird und dass es zu einer Belebung der deutsch-polnischen Beziehungen auf politischer Ebene in den kommenden Jahren kommen wird.